



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

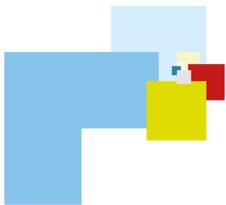


Impulspapier Handlungsempfehlungen für eine bessere Wirkung zwischen nationalen und kommunalen Nachhaltigkeitsbestrebungen

Vorgelegt von den Teilnehmerinnen
und Teilnehmern des Dialogprojektes
Kommunale Nachhaltigkeit

Das Impulspapier beinhaltet Vorschläge in folgenden Bereichen:

- I. Strukturelle Vorschläge
- II. Vorschläge für Diskussion und Dialog
- III. Vorschläge zu Einzelmaßnahmen



Inhalt

Vorwort	4
Namen des Autorenteam	5
I. Strukturelle Vorschläge	7
II. Vorschläge für Diskussion und Dialog	10
III: Vorschläge zu Einzelmaßnahmen	11
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialogprojektes	14
Impressum	19

1 Vorwort

Auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung trafen sich vom 15.04. bis 17.04.2015 rund 80 junge kommunale Verantwortungsträger/-innen aus den Bereichen Verwaltung, Politik und Wirtschaft zum Dialogprojekt „Kommunale Nachhaltigkeit“ in Berlin.

Dabei haben wir uns intensiv mit der Fragestellung beschäftigt, inwiefern die nationale Nachhaltigkeitspolitik auf der kommunalen Ebene handlungsleitend ist und dazu konkrete Verbesserungsvorschläge, Forderungen und Maßnahmen erarbeitet.

Unsere Diskussion wurde vor dem Hintergrund unterschiedlicher individueller Fachkompetenzen, Lebensumstände und beruflicher Hintergründe geführt. Gerade in der Pluralität der Teilnehmer/-innen zeigt sich aber die besondere Stärke dieser Zusammensetzung. Wie wir ist auch unsere Gesellschaft bunt und verfolgt ganz unterschiedliche Teilziele. Gleichwohl kamen wir am Ende zu der Überzeugung, dass eine nachhaltige Entwicklung nur zusammen gelingen kann und eine erstrebenswerte Zukunft für alle möglich ist.

Das vorliegende Papier liefert nun entsprechende Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung zur Fortschreibung und Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wird das Impulspapier präsentieren und an interessierte Kreise und Entscheidungsträger mit der Bitte um Beachtung weiterleiten.

NAMEN DES AUTORENTEAMS

Anton Conze (24), Stadtrat SPD-Velbert, Velbert

Laura Gouverneur (29), Klimaschutzmanagerin Kommunen Aarbergen, Heidenrod und Hohenstein, Wiesbaden

Matthias Hots (30), Klimaschutzmanager Stadt Braunschweig, Braunschweig

Andre Katzenberger (29), Klimaschutzmanager Stadt Hürth, Hürth

Stefanie Koch (29), Mitglied des Stadtparlaments Bebra, Bebra

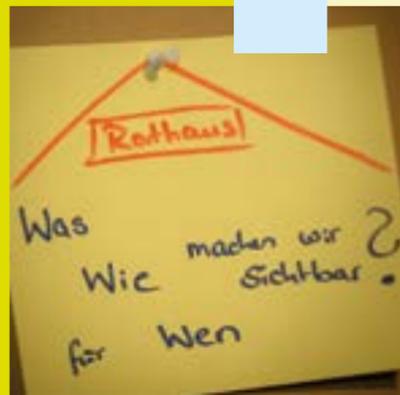
Christoph Nießen (26), Stadtrat SPD-Mönchengladbach, Mönchengladbach

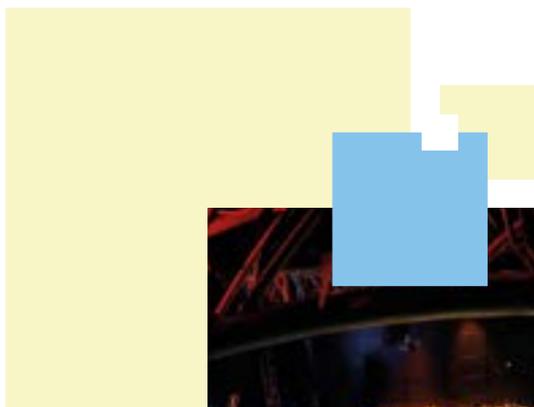
Axel Rötschke (22), Stadtrat FDP-Schwabach, Schwabach

Sabrina Schomberg (24), Fraktionsmitglied CDU-Fuldataal, Fuldataal

Christoph Schwarz (24), Stadtrat CSU-Burglengenfeld, Burglengenfeld

Marc Wunderlich (21), Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Troisdorf





I. Strukturelle Vorschläge

EINRICHTUNG EINER NATIONALEN NACHHALTIGKEITSPLATTFORM

Im kommunalen Arbeitsalltag bleibt vor dem Hintergrund umfangreicher Aufgaben und hoher Personalauslastung oftmals wenig Zeit für wertvollen Erfahrungsaustausch und Recherchearbeit. So werden vermeidbare Mehrarbeiten geleistet und/oder – in Ermangelung von Sachkenntnis – Entscheidungen für weniger optimale Lösungen getroffen.

Als sehr hilfreich zeigt sich die Verfügbarkeit einer Informationsstelle, wie es sie in dem beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelten und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) geförderten Service- und Kompetenzzentrum kommunaler Klimaschutz (SK:KK) im Bereich des kommunalen Klimaschutzes gibt.

Als unterstützendes Format im Bereich der Nachhaltigkeit empfehlen wir deshalb die Einrichtung einer nationalen Nachhaltigkeitsplattform. Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung sollten finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine solche Plattform umsetzen zu können. Aus unserer Sicht sind zwei Kernaufgaben wesentlich:

Informationsmanagement:

- Bündelung relevanter bestehender Angebote zum Thema Nachhaltigkeit,
- Sichtbarmachung von Projekten (Best practice) privater und öffentlicher Akteure (vgl. Projektübersichten¹) mit Ansprechpartner/-innen für einen Erfahrungsaustausch.

Angebote:

- Themenspezifische Dialogfunktion für Kommunen und private Akteure (bspw. über Vergabeverfahren),
- Bereitstellung von relevanten Leitfäden und Mustern (bspw. Ausschreibungen², Kommunikation, Vernetzung von Mobilitäts- und Nahversorgungsangeboten) und passenden Beschlussvorlagen zur individuellen Anpassung,
- zielgruppenspezifische Fortbildungen für Mitarbeiter/-innen kommunaler Verwaltungen und Multiplikatoren (Lehrer/-innen, Politiker/-innen, usw.) zu relevanten Nachhaltigkeitsthemen (bspw. Sanierungsfinanzierung über Intracting³, Beschaffung nach Lebenszykluskosten),

¹Wie z. B. die Projekte der UN-Dekade auf der BNE-Webseite

²Wichtig ist die Schaffung eines rechtssicheren Rahmens, in dem kommunale Beispiele veröffentlicht werden können

³Intracting ist eine selbsttragende Finanzierung mittels der durch energetische Maßnahmen eingesparten Geldmittel. In der Stadt Kiel wurde hierzu ein Haushaltsposten gebildet und mit einer einmaligen Anschubfinanzierung ausgestattet

- einheitliche Datenerhebungsstandards/Indikatoren für Open-Data-Pools⁴, über die Transparenz, interkommunale Vergleichbarkeit und Bürgerengagement gefördert werden,
- Definition eines Standards für kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung⁵ und Vorstellung entsprechend berichtender Kommunen und Unternehmen,
- Schaffung und Kommunikation einheitlicher Standards im Controlling und Monitoring.

EINRICHTEN DER PERSONALSTELLE EINER/-S NACHHALTIGKEITSMANAGERS/-IN

Um vorhandene Kompetenzen in den Verwaltungen zu koordinieren, empfehlen wir die Einstellung zusätzlichen Personals nach dem Vorbild der/des Klimaschutzmanagers/-in über die Kommunalrichtlinie des BMUB. Die Umsetzung könnte wie folgt aussehen:

- Die Anforderungen an kommunale Klimaschutzmanager/-innen für die Umsetzung integrierter Klimaschutzkonzepte könnten auf Nachhaltigkeitsaspekte ausgedehnt und diese vom Projektträger Jülich (PtJ) in den Zwischen- und Endberichten verlangt werden.
- Alternativ oder ergänzend könnte unter dem Titel „Nachhaltigkeit“ die Erstellung eines weiteren Teilkonzeptes – inklusive einer personellen Fördermöglichkeit (Nachhaltigkeitsmanager/-in) – förderfähig gemacht
oder
die bereits existierende Möglichkeit der Erstellung eines „Innovativen Teilkonzeptes“ auch für das Thema Nachhaltigkeit geöffnet werden. Wichtig ist hierbei, dass es über die Vorgaben zur CO₂-Reduktion hinausgehend auch andere Indikatoren zur Erfolgsmessung gibt⁶.

⁴Bspw. Bevölkerungs-, Geo-, Sozial-, Infrastruktur-, Finanz- und Transportdaten

⁵Bspw. Orientierung am Muster des Deutschen Nachhaltigkeitskodex

⁶Bei Nachhaltigkeitsaspekten steht die Vermeidung von CO₂ nicht generell im Vordergrund

INTEGRATION VON BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN ALLEN BILDUNGSBEREICHEN

Durch die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in schulische und außerschulische Bildung, betriebliche Ausbildung und Weiterbildung entwickeln die Menschen ein lösungsorientiertes Problembewusstsein für nachhaltigkeitsrelevante Themen. Da sie den Nutzen einer nachhaltigen Entwicklung für sich selbst und ihre Lebenswirklichkeit erkennen, arbeiten sie altersunabhängig und motiviert an Lösungen für drängende Zukunftsfragen mit. BNE ist bislang in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie nicht abgebildet. Wir empfehlen der Bundesregierung deshalb:

- Zur Erfolgsmessung ein spezifisches Indikatorenset⁷ festzulegen,
- eigene Zuschüsse zur Hochschulbildung im Rahmen des Hochschulpaktes an obligatorische BNE-Inhalte in Studiengängen (bspw. in Form interdisziplinärer Module aus dem BNE-Bereich) oder eine Berichterstattung im Sinne eines „Nachhaltigkeitskodex für Hochschulen“ zu knüpfen⁸,
- eine Vorbildfunktion einzunehmen und BNE-Inhalte in alle Berufsausbildungen/-laufbahnen der Bundesverwaltung einzubinden und regelmäßige Fortbildungen für eigene Mitarbeiter/-innen zu organisieren,
- im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes BNE-Aspekte als obligatorische Inhalte für die Anerkennung von Ausbildungsberufen zu verlangen,
- sich über das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Dialog mit den Ländern dafür einzusetzen, BNE in den Lehrplänen aller Jahrgangsstufen, Fächer und Schulformen sowie bei der außerschulischen Bildung, der Aufstiegsförderung und der beruflichen Weiterbildung zu verankern,
- über das BMBF im Dialog mit den Ländern ein „Kommunales Finanzmanagement-Studium“ anzuregen, um kommunale Akteure auf aktuelle Begebenheiten im Finanzmarkt vorzubereiten,
- vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) ein steuerliches Anreizsystem für Betriebe entwickeln zu lassen, um BNE in Aus- und Weiterbildungen zu integrieren (bspw. auch in Form finanzieller Entlastungen bei Ausbildungsaufwendungen).

⁷„Indikatoren der BNE“ (vgl. Gerd Michelsen et al.)

⁸Wird momentan in einem vom Rat für Nachhaltige Entwicklung organisierten Prozess erarbeitet

II. Vorschläge für Diskussion und Dialog

ERÖFFNUNG EINER DISKUSSION ÜBER DAS THEMA SUFFIZIENZ

Die Diskussionen über Effizienz- und Konsistenzmaßnahmen werden auf der Basis technischer und finanzieller Überlegungen geführt. Aufgrund der Endlichkeit von Ressourcen muss eine solche Diskussion auch über das Verhalten der Menschen erfolgen. Hierzu empfehlen wir der Bundesregierung:

- Das Thema Suffizienz in die Nachhaltigkeitsdiskussion aufzunehmen und mit konkreten Zielen zu hinterlegen,
- Zur Erfolgsmessung Indikatoren (insbesondere zum Konsum) zu entwickeln.

SICHERUNG DES DIALOGES ZWISCHEN VERWALTUNG UND POLITIK AUF KOMMUNALER EBENE

Die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung sollte von Offenheit und der gemeinsamen Suche nach den besten Lösungen geprägt sein. Wir halten einen intensiveren fachlichen Austausch zwischen der Arbeitsebene innerhalb der Verwaltung und den politischen Gremien für zielführend. Die fachlichen Diskussionen sollten nicht der Amtsleiter/-innen- bzw. Dezentral/-innenebene vorbehalten sein. Wir empfehlen der Bundesregierung deshalb, bei der Förderung kommunaler Klimaschutzmanager/-innen durch den PtJ den Zugang zur Fachdiskussion zur Fördervoraussetzung zu machen. Antragsteller/-innen müssen darlegen, wie sie den Zugang gewährleisten wollen.



III: Vorschläge zu Einzelmaßnahmen

MOBILITÄT

Zentrale Aspekte einer nachhaltigeren Mobilität sind neben kohlenstofffreien Antriebstechnologien auch intermodale Verkehrssysteme. Um deren intensivere Nutzung zu beobachten, empfehlen wir der Bundesregierung die Entwicklung eines neuen Indikators für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Dieser sollte eine stärkere Berücksichtigung von Veränderungen im Mobilitätsverhalten sowie die integrierte Betrachtung aller Fortbewegungsmittel beinhalten. Hierzu gehört auch die Veränderung der Infrastruktur von Städten (bspw. „Fahrradfreundliche Stadt“).

REGIONALBEGRIFF

Für die Vermeidung von Transportwegen sowie für das Angebot saisonaler Produkte ist die Region als Produktionsstandort von entscheidender Bedeutung und ein Schlüsselargument bei Vermarktung und Verbraucherinformation. Das zur Kennzeichnung eingeführte „Regionalfenster“ enthält ebenfalls keine eindeutige Definition des Begriffs „regional“, sondern erfasst die Herkunftsgebiete in Skalen von Städten bis zu Bundesländern. Wir empfehlen der Bundesregierung daher, den Begriff des „regionalen Produktes“ klar zu definieren. Die Kennzeichnung sollte neben konkreten Ortsangaben (insbesondere der Hauptbestandteile) auch eine einheitliche CO₂-Bilanz des Produktes nach dem Muster der Energieeffizienzskala enthalten.

FÖRDERUNG DER TELEARBEIT IM LÄNDLICHEN RAUM

Ein häufiger Grund für Menschen in die Städte zu ziehen ist die Notwendigkeit der eigenen Existenzsicherung über sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die oftmals im Ländlichen Raum qualitativ und quantitativ nicht ausreichend verfügbar sind. Daher findet der Verlust an Kaufkraft und Attraktivität im Ländlichen Raum oftmals zwangsläufig, aber nicht aufgrund genereller Ablehnung eines ländlichen Lebensstiles durch die Fortziehenden statt.

In einigen Fällen bietet Telearbeit einerseits die Möglichkeit, den Ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsraum zu erhalten und andererseits die pendler/-innenbedingten hohen Verkehrsbelastungen in Städtischen Räumen (insbesondere den Motorisierten Individualverkehr) zu verringern.

Wir empfehlen der Bundesregierung, Bedarf und Akzeptanz von Telearbeit empirisch zu erheben und die Ergebnisse als Basis für mögliche Anreize zur Ausweitung von Telearbeit auf Arbeitgeber/-innenseite zu nutzen und Regeln für deren Dokumentation festzulegen.

FLÄCHENVERBRAUCH

Flächenverbrauch impliziert höhere Aufwendungen für Infrastruktur, Energie und Verkehr. Eine Verringerung der Erschließung und Versiegelung von Flächen ist daher ein zentraler Aspekt und Indikator einer nachhaltigen Entwicklung.

Wir empfehlen der Bundesregierung eine verbindliche Zielvorgabe, die als Minimalziel die Senkung des täglichen Flächenverbrauchs auf 30 Hektar bis zum Jahr 2030 enthält. Mittel- bis langfristig sollte kein zusätzlicher Flächenverbrauch sowie der Ausgleich des notwendigen Bedarfs durch Entsiegelung angestrebt werden.

FINANZIERUNG

Förderung

In den Kommunen ist die Einwerbung von Fördermitteln für die Finanzierung und Durchführung von Projekten im Bereich der Nachhaltigkeit entscheidend. Um die Anzahl der Förderanträge und die abgerufenen Fördermittel zu erhöhen, empfehlen wir der Bundesregierung:

- Die Einrichtung einer Dialogplattform zwischen Fördermittelgeber/-innen und Fördermittelnnehmer/-innen,
- die Prüfung einer Stundungsmöglichkeit des Eigenanteils bei KfW⁹-Förderungen sowie die Unterstützung der KfW bei alternativen Finanzierungsmöglichkeiten (ggf. Übernahme der Erstfinanzierung eines Intracting-Topfes), Verzicht auf kommunalen Eigenanteil unter bestimmten Bedingungen,

⁹Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

- Aufnahme der Lebenszykluskostenbetrachtung als Kriterium in die verschiedenen KfW- und BAFA¹⁰-Förderrichtlinien,
- Flexibilisierung der Förderkriterien nach der Maxime:
„Trägt das Vorhaben insgesamt zur Zielerreichung der Kommune bei?“

Spekulation

Eine nachhaltige Finanzplanung gelingt nur durch Unabhängigkeit von internationalen Aktienmärkten und einen Verzicht auf spekulative Finanzgeschäfte¹¹. Wir empfehlen der Bundesregierung daher, das Spekulationsverbot auf Kommunalunternehmen auszuweiten und zudem Wege für eine transparente Mittelverwendung zu finden.

Forschung

Wir empfehlen der Bundesregierung, im Bereich der Folgekosten von Vergabeverfahren zu forschen, um anhand der Ergebnisse die Ausschreibungs- und Vergabeverfahren¹² zu verbessern.



¹⁰ Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

¹¹ z.B. ohne CHF-Kredite, ohne Tilgungsverpflichtung

¹² Bspw. Hamburger Elbphilharmonie und Flughafen Berlin-Brandenburg

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialogprojektes

Tom Assmann (25)

Stadtrat Bündnis 90/Die Grünen-Magdeburg, Magdeburg

Jean-Philippe Baum (33)

Projektleitung Jugendengagement „Das Keine Panik Netzwerk!“, Saarbrücken

Nicholas Benda (18)

Einzelhandelskaufmann, Reutlingen

Kevin Buchner (23)

Stadtrat Stadt Hilden, Hilden

Anton Conze (24)

Stadtrat SPD-Velbert, Velbert

Cornelius Dehm (23)

Stadtverordneter Bündnis 90/Die Grünen-Limburg an der Lahn, Limburg

Maria Engelhardt (27)

Augsburg

Michael Ewe (24)

Stadtrat CDU-Schwarzenbek, Schwarzenbek

Benjamin Fadavian (25)

Center Kommunale Produkte und Lösungen bei regio iT GmbH

Karin Geier (30)

Leipzig

Nathalie Gerberding (24)

Fachbereich Tiefbau – Straßenverkehrsbehörde, Hannover

Caroline Golly (29)

Projektmanagerin der Klimaschutzagentur Mannheim, Mannheim

Christian Göpfert (32)

Klimaschutzbeauftragter, Würzburg

Marco Göring (28)

Kreisvorsitzender Junge Union- Neustadt an der Weinstraße, Neustadt

Eva Gottschalk (20)

Stadträtin Röthenbach an der Pegnitz, Röthenbach an der Pegnitz

Laura Gouverneur (29)

Klimaschutzmanagerin Kommunen Aarbergen, Heidenrod, Hohenstein, Wiesbaden

Kornelius Greiner (20)

Sozial-, Wohnungs-, Versicherungs- und Grundsicherungsamt Wohnungswesen / Angelegenheiten für Asylbewerber Stadt Rosenheim, Rosenheim

Julia Grimm (27)

Projektmanagerin Regio Augsburg Wirtschaft GmbH e.V., Augsburg

Anna Guth (30)

Leitstelle Klimaschutz Stadtverwaltung Bonn, Köln

Britta Hafenecker (29)

Mitarbeiterin Umweltamt (Biodiversitätsagentur) Stadt Nürnberg, Nürnberg

Tobias Hasenberg (24)

Stadtrat Bündnis 90/Die Grünen-Meckenheim, Meckenheim

Nicholas Hellmann (21)

Stadtrat SPD-Marienheide, Marienheide

Martin Hofmann (26)

Sachbearbeiter Wirtschaftsförderung, Plauen

Matthias Hots (30)

Stadtverwaltung Abteilung Umweltschutz Stadt Braunschweig, Braunschweig

Jan Hutzenlaub (24)

Gemeinderat, Weissach im Tal

Andre Katzenberger (29)

Klimaschutzmanager Stadt Hürth, Hürth

Johanna Kersting (20)

Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen-Friedrichshafen, Friedrichshafen

Kaya Kinkel (27)

Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen-Wildeck-Hönebach, Wildeck-Hönebach

Stefanie Koch (29)

Mitglied Stadtparlament Bebra, Bebra

Tim Pascal Kpognon (19)

Reutlingen

Malte Jörn Krafft (22)

Stadtrat Gemeinde Marschacht, Marschacht

Malte Kuhr (20)

Stadtvertreter Stadt Eutin, Eutin

Julia Legelli (27)

Mitarbeiterin im Umweltreferat – Klimamanagement Gemeinde Markt Murnau am Staffelsee, Murnau

Constanze Lehmann (27)

Sachbearbeiterin Stadtökologie Stadt Leipzig, Leipzig

Katrin Lehmann (27)

Frankfurt

Nathanael Lipinski (30)

Fraktionsmitglied CDU-Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg

Lisa Maack (29)

Ortsrätin Bündnis 90/Die Grünen-Benthe, Ronnenberg

Lena Müller (28)

Umweltamt Nürnberg/Landschaftspflegeverband Nürnberg e.V., Nürnberg

Katrin Neuwirth (28)

Verwaltungsoberspektorin Stadt Lohr a. Main, Lohr a. Main

Brian Nickholz (25)

Stadtrat SPD-Marl, Marl

Christoph Nießen (26)

Stadtrat SPD-Mönchengladbach, Mönchengladbach

Sebastian Pewny (23)

Mitglied Ratsfraktion „Die Grünen im Rat der Stadt Bochum“, Bochum

Anna Rasehorn (23)

Vorsitzende Jusos Augsburg, Augsburg

Malte Rengers (23)

Mitarbeiter des Fachbereiches Sport und Bäder – Sachgebiet Finanzen der Stadt Hannover, Hannover

Axel Röttschke (22)

Stadtrat FDP-Schwabach, Schwabach

Stefan Schmid (21)

Seubersdorf i. d. Opf.

Sabrina Schomberg (24)

Fraktionsmitglied CDU-Fulda, Fulda

Patrick Schöneborn (22)

Mitglied Jusos Euskirchen, Schleiden

Philipp Schulze (28)

Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, Essen

Christoph Schwarz (24)

Mitglied Stadtrat-Burglengenfeld, Burglengenfeld

Lena Christin Schwelling (23)

Landessprecherin Bündnis 90/Die Grünen-JUGEND Baden-Württemberg, Ulm

Alexander Seitz (31)

Projektsteuerung und Wirtschaftsförderung Gewerbebau Amberg GmbH, Amberg

Florian Stehl (20)

Vorsitzender des Ortsverbandes Cavertitz der CDU, Cavertitz

Maximilian Steiger (22)

Vorsitzender JU-Vorstand und CDU-Stadtverordneter, Rödermark

Anika Störner (24)

Gemeinderätin SPD-Bad Rappenau, Bad Rappenau

Carina Tamoschus (28)

Mitarbeiterin Fachbereich Umwelt und Grün der Stadt Bottrop, Bottrop

Monika Thiel (23)

Mitarbeiterin Fachbereich Personal und Organisation Hannover, Hannover

Jan Thomas (29)

Große Kreisstadt Schramberg - Fachbereich Umwelt und Technik, Abteilung Stadtplanung, Schramberg

Katrin Tröster (31)

Nachhaltigkeitsmanagerin Stadt Freiburg, Freiburg i.Br.

Mary Uhlig (31)

Sachbearbeiterin Technisches Rathaus Leipzig/Stadterneuerung Ost/EU Regelprogramme, Leipzig

Tristan van Dinther (24)

Vorsitzender der Jungen Liberalen Ennepe-Ruhr (Julis) FDP, Hattingen

Julia Wendt (27)

Mitarbeiterin Berliner Stadtreinigung – Vorstandsbüro Marketing, Berlin

Arne Werner (27)

Mitarbeiterin Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Natur- und Ressourcenschutz, Hamburg

Fabian Wesselmann (22)

Gemeinderatsmitglied Bündnis 90/DieGrünen-Lastrup, Lastrup

Elisabeth Wimmer (29)

Sachbearbeiterin im Regionalmanagement und Kreisentwicklung im Landratsamt Pfarrkirchen, Pfarrkirchen

Marc Wunderlich (21)

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Troisdorf

Zacharias Zehner (21)

Gemeinderatsmitglied Gemeinde Eggolsheim, Eggolsheim



Der Rat für Nachhaltige Entwicklung

Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an, die von der Bundeskanzlerin für eine Mandatszeit von drei Jahren berufen werden. Zu den Aufgaben des Rates gehören die Entwicklung von Beiträgen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Beiträge, um Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen. In der Wahl seiner Themen und Aktionsformen ist der Rat unabhängig. Ergebnisse aus der laufenden Arbeit sind zum Beispiel der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, Stellungnahmen zur Klimapolitik, zur Rohstoffpolitik und zur fiskalischen Nachhaltigkeit, zum Ökolandbau, die zivilgesellschaftlichen Projekte der Werkstatt N, der Strategiedialog zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit Oberbürgermeistern, die Impulse Jugendlicher und junger Erwachsener zur kommunalen Nachhaltigkeit und zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik sowie Beiträge zur „Green Economy“.

Mehr unter www.nachhaltigkeitsrat.de
www.nachhaltigkeitsrat.de

Impressum

© 2015 Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Verantwortlich: Dorothee Braun, Katja Tamchina

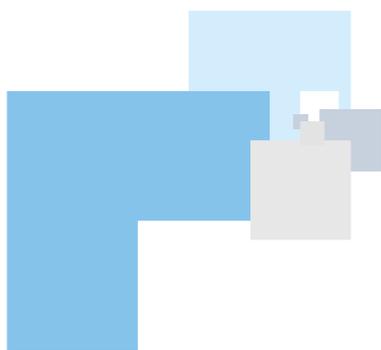
Dialogkonzept und Realisation: lab concepts G,mbH, www.lab-concepts.de

Grafik-Design: meva media gmbh, www.meva-media.de

Fotos: André Wagenzik, www.wagenzik.de

Druck: Die Umweltdruckerei

Gedruckt auf Mundoplus, 100% Recyclingpapier



Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de